

Das schleichende Gift

Die Konflikte um den Euro erfassen die Verfassungsorgane Deutschlands.

Von Andres Müller

Eigentlich wollten die Euro-Macher, dass die gemeinsame Währung die Möglichkeit schafft, die Wirtschaftskraft Deutschlands auf die „eigenen Mühlen“ umzuleiten. Das ist ihnen auch anfangs gelungen. Die deutschen Politiker haben mitgemacht. Verkauft haben sie alle das Vorhaben als Friedensprojekt für ganz Europa.

Die deutschen Politiker aller Parteien versprachen ihren Wählern, dass der Euro sie reicher machen würde. Sie sagen das auch heute noch. Doch in Wirklichkeit hat er sie ärmer gemacht. Nicht nur die Deutschen, wie sich jetzt erweist. Das Europa der Euro-Länder verkommt immer mehr zum Armenhaus der Welt. Engländer, Norweger, Schweden, Dänen, Tschechen und Polen sind heute froh, dass sie auf den Euro nicht hereingefallen sind. Doch auf uns reden die Euro-Macher ein: „scheitert der Euro, dann scheitert Europa“. Das ist so offensichtlicher Unsinn, dass man sich fragen muss, warum diese „Prediger“ nicht öffentlich ausgelacht und in den Meinungsfragen nicht signifikant abgestraft werden.

Die vom Euro in den ersten Jahren begünstigten Volkswirtschaften der sog. südlichen Peripherie dringen auf die Euro-Rettung und den damit verbundenen Schuldentransfer auf die „Solidarpartner“. Ihren „flüchtigen Wohlstand“ aus den ersten Euro-Jahren hatten sie in den Konsum gesteckt. Daher ihre Schulden. Den ursprünglichen Wettbewerbsvorteil der niedrigen Produktionskosten haben sie kontinuierlich eingebüßt. Die automatische Anpassung an die Erfordernisse des Marktes durch Abwertung ihrer Währung hatten sie an den Euro abgegeben. Und das wiegt letztendlich weit schwerer als die anfänglichen Vorteile der gemeinsamen Währung! Das sind die ökonomischen Fakten. Die Politik verweigert sich hartnäckig der Einsicht, dass der Euro selbst die Ursache der strukturellen Verwerfungen ist, die sich seit seiner Einführung gebildet haben. Die politische Kaste mit ihrer Wertewelt aus dem vergangenen Jahrhundert und ihre Rettungsversuche werden an diesen Fakten scheitern. Den Schaden werden alle Europäer haben!

Wie immer im Leben, wenn sich Misserfolge einstellen, entstehen gegenseitige Schuldwürfe, die sich verstärken, je länger diese Misserfolge andauern. So ist es auch im Falle des Euro und seiner Rettung. Die insolventen Staaten stellen Ansprüche an die Solidarität der anderen Euro-Staaten und werden diese damit am Ende überfordern. Die Parteien-Demokratie westlicher Machart spielt dabei eine fatale Rolle: Die politischen Parteien in allen Euro-Ländern schieben sich gegenseitig die Schuld am fortwährenden Niedergang und am Scheitern der Rettungsversuche zu. Konzentrieren wir uns auf Deutschland. Hier behaupten SPD und Grüne, dass die Regierung zu zögerlich gerettet habe. Ihnen kann die Rettung gar nicht schnell und weit genug gehen. Parteiübergreifend sind sich aber alle einig, dass der Euro in jedem Fall gerettet werden muss! Sogar die wachsende Schar der kritischen Ökonomen, die gegen die Euro-Rettung ist, will den Euro selbst beibehalten. Das bringt ihnen die Häme der Rettungsbefürworter aus der eigenen Zunft ein.

Der Streit hat sich in Deutschland mittlerweile auch auf die obersten Verfassungsorgane des Staates ausgedehnt: Verfassungsgericht, Bundespräsident, Parlament und Regierung sind involviert, beäugen sich misstrauisch und schlagen sich „ans Schienbein“, wo immer sie können. Man erinnert sich an die Zeiten, als Herbert Wehner tobte, man werde sich die Ostpolitik von den acht AL in Karlsruhe nicht kaputt machen lassen. Diesmal sitzt

der Stachel tiefer: Die Politik ist drauf und dran, die verfassungsrechtlich garantierten Souveränitätsrechte und Grundelemente demokratischer Willensbildung auszuhebeln. Sie fürchtet, dass das Verfassungsgericht die ausufernden Rettungsverträge für verfassungswidrig erklären könnte. Zwar wurden die ersten Klagen gegen den Euro, die aus dem Kreis um die Professoren Wilhelm Hankel, Joachim Starbatty und Karl-Albrecht Schachtschneider kamen, vom Gericht ohne viel Aufhebens abgewiesen, aber der Kreis der Kläger hat sich heute beträchtlich erweitert: Freie Wähler, der Verein „Mehr Demokratie“ mit über 12.000 Unterschriften, der Bund der Steuerzahler und sogar die Linkspartei haben sich in die Reihen der Kläger eingeordnet. Es wird schwieriger, sie alle als „Randgruppe“ zu behandeln und abzuspeisen.

Bislang haben die Verfassungsrichter in Sachen Euro erst einer Klage statt gegeben. Sie sprachen dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte zu als die Regierung bisher gewährte. Sie monierten also formale Rechtsfehler. Ob aber die Rettungsverträge materielle Rechtsbrüche, also Verfassungsverletzungen beinhalten, haben sie nicht geprüft. Das ist auch für sie ein „heißes Eisen“. Doch sie werden nicht umhin können, diese Kernfrage anzugehen, und sie werden große Sorgfalt dafür aufwenden müssen. Es geht um die Frage, ob mehr Europa (die allgemeine Forderung der deutschen Politiker-Kaste) gleichzeitig weniger Demokratie bedeutet und ob die im Grundgesetz verankerte Volkssouveränität - das Herzstück jeder Demokratie – ausgehebelt wird. In diesem Fall müsste das Gericht die häppchenweise Auflösung des Deutschen Staates verhindern, wenn es nicht selbst die Verfassung verletzen wollte. Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes gibt nämlich allen Deutschen das Recht zum Widerstand, *„gegen jeden der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen...wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“*.

Das Verfassungsgericht sah sich in der Vergangenheit wiederholt veranlasst, sowohl Exekutive als auch die Legislative zur Einhaltung verfassungsrechtlicher Vorgaben anzuhalten. Die Gerügten fühlten sich immer auf die Füße getreten. Die Fußtritte häufen sich. Die letzte Abmahnung betrifft das Wahlrecht. Bundestag und Regierung hatten ausreichend Zeit, die Mängel zu beheben, doch am 25. Juli 2012 haben die Verfassungsrichter das wenige Monate zuvor vom Parlament reformierte Wahlgesetz erneut für verfassungswidrig erklärt. Immer häufiger kommen sich die Verfassungsorgane in die Quere, die Einflussnahmen werden massiver und hinterlassen ihre Spuren. Alle gegenseitigen Versicherungen, die Sphäre der anderen Verfassungsorgane zu respektieren, haben immer nur den Zweck, eine gerade vollzogene Einmischung in die Geschäfte des anderen kleinzureden.

So sprach Bundespräsident Gauck der Kanzlerin Lob und Bewunderung für ihr Krisenmanagement aus, gleichzeitig verlangte er aber von ihr, ihre Europa-Politik besser zu erklären. Weiter sagte er, *dass er sich vorstellen kann, sich in der Europa-Politik künftig stärker zu Wort zu melden.*¹ Noch deutlicher fiel seine Einmischung in den laufenden Prozess des Bundesverfassungsgerichtes aus, das gerade mit der Klage gegen die Euro-Rettungen befasst ist. Es ist geradezu zynisch, wenn er zuerst sagt: „Ich bin froh, dass dieser Weg beschritten wird, die Kläger haben alles Recht, ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen“, um dann hinzuzufügen, dass er nicht glaube, dass Karlsruhe die Europa-Politik Berlins „konterkarieren“ werde, weil seiner Meinung nach die „roten Linien“ nicht überschritten seien². Finanzminister Schäuble steht dieser Attacke gegen die Unabhängigkeit

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.07.2012 Seite 1.

² Ebenda.

des Verfassungsgerichts nicht nach, wenn er die Richter vor erheblichen Verwerfungen bei einem Scheitern des ESM warnt. Er als gelernter Jurist versucht das Verfassungsgericht in einer Rechtsangelegenheit höchsten verfassungsrechtlichen Ranges durch Hinweis auf die möglichen ökonomischen Folgen unter Druck zu setzen, sollte es die Klage nicht abweisen. Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle hat ihm dann allerdings deutlich gemacht, dass *„auch in Krisenlagen die Verfassung nicht an den Rand gedrängt werden dürfe“*³

Hier ist nicht der Ort, eine vollständige Liste der klammheimlich anschwellenden Gegensätze zwischen den Verfassungsorganen der Bundesrepublik aufzuzählen. Der Euro, der ja den Europäern Frieden und Wohlstand sichern und ihren weltweiten Einfluss erhöhen sollte, hat nicht nur in Europa neue Konflikte erzeugt und alte reanimiert. Er hat sie auf die Verfassungsorgane ausgeweitet und wird sie auch zwischen die Blockparteien der Euro-Dogmatiker und das Volk bringen, wenn die Haftungssummen fällig werden, die diese Politiker ihrem Volk zumuten.

Unsere Analyse hatte den Zweck, das Augenmerk auf Vorgänge zu richten, die in unseren Medien – wenn überhaupt – nur am Rande Erwähnung finden.

© www.hpatzak.de 28.07.2012

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.07.2012 Seite 1.